

vierteljährlich im Stadt-, Orts- und Nachbarortvertrieb M. 2.10, außerorts M. 2.90 einschließlich der Postgebühren. Die Einzelnummer des Wochenheftes 10 Pf. Anzeigenpreise sind nach Maßgabe der Spaltenbreite und der Zahl der Zeilen zu berechnen. Die Anzeigen sind bis zum 1. März des Monats vorab zu bringen.

Gegründet 1877.



Die vierteljährliche Heftung oder deren Raum 18 Pfennig. Die Wochenheftung oder deren Raum 10 Pfennig. Bei Wiederholungen unter Umständen entgegenstehender Abt. Bei gerichtlicher Einziehung und Konfiskation ist der Rabatt nicht anwendbar.

Fernsprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw

Ag. 21 Druck und Verlag in Altensteig. Montag, den 27. Januar. Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler. 1919.

Reichsstrafgesetz.

Parlamentarisch wird mitgeteilt: Das Reichswirtschaftsamt hat Gesetzesentwürfe für einheitliche Organisation und Verwendung aller natürlichen Kraftquellen Deutschlands fertiggestellt. Die Kraftquellen rufen vor allem in Kohlen, Torf, Erdöl und Wasser.

Überblickt man z. B. den gegenwärtigen Stand der Kohlenwirtschaft in seinen drei Stufen: Produktion, Vertrieb und Verwertung, so sieht man eine zusammenfassende Organisation am meisten vorgeschritten in dem Vertrieb. Bei der Produktion dagegen und beim Verbrauch liegt die Leitung noch vollkommen bei den Einzelunternehmen. Die Kohlenwirtschaft unter einem starken einheitlichen Einfluss zu stellen, muss daher bei dem Vertrieb der Kohlen beginnen. Auf dem Gebiet der Produktion und des Verbrauchs werden die zu ergreifenden Schritte langsamer und vorsichtiger gemacht werden müssen.

Für eine staatliche Regelung der Elektrizitätswirtschaft ist die Zeit ebenfalls reif. Die Aufgabe des Reichs ist, die gesunden Kräfte in der bisherigen Entwicklung der Elektrizitätsversorgung mit allen Mitteln zu fördern und die ungesunden Erscheinungen planmäßig zu beseitigen. Eine Handhabe dazu kann die Einführung des Genehmigungszwangs für Starkstromanlagen geben. Das Reichsgebiet wird in Versorgungsgebiete eingeteilt. In jedem Bezirk schließen sich die Starkstromunternehmen unter dem regelnden Einfluss des Reichs und der Bundesstaaten betrieblich zusammen.

Neues vom Tage.

Der Reichsverfassungsentwurf.

Berlin, 25. Jan. In den Beratungen der Vertreter der Einzelstaaten über den Verfassungsentwurf wurde der Schaffung des Einheitsstaats zugestimmt, zugleich aber betont, dass sich ein Einheitsstaat nicht ohne weiteres zu erreichen sei und dass darum auf die vorhandenen Hemmnisse die gebührende Rücksicht genommen werden müsse. Der Volksbeauftragte Landsberg wies darauf hin, dass in Frankreich und in Italien trotz des Organisationswunsches Nord und Süd das Zustandekommen eines Einheitsstaats im vollen Umfang gelungen sei. Der preussische Minister Fischel vertrat den Standpunkt, dass wenn man den Einheitsstaat wolle, die Aufstellung Preussens verfehlt sei. Der Ministerialdirektor Dr. Bruns sprach von einer „Reaktion der zukünftigen Kleinstaaterei“. Der Entwurf wurde einem Ausschuss, in dem die Bundesstaaten vertreten sind, überwiesen. Die Vorberatung soll so beschleunigt werden, dass der Ausschussbericht der Nationalversammlung am 6. Februar vorgelegt werden kann.

Neue Schlichtungsausschüsse.

Berlin, 25. Jan. Ein Erlass des Kriegsministeriums (Kriegsamt) verfügt: Die Kriegsamtstellen treten unverzüglich mit den für die Bildung der neuen Schlichtungsausschüsse zuständigen Landeszentralbehörden in Un-

terhandlungen über die etwaige Uebergabe der Geschäftsräume, des Personals und der Einrichtungsgegenstände der bisherigen Schlichtungsausschüsse. Dem für eine Uebernahme nicht in Betracht kommenden Teil des Personals ist zu kündigen. Entsprechend ist mit den Geschäftsräumen zu verfahren. Gleichzeitig werden die Vorsitzenden und stellv. Vorsitzenden der bisherigen Schlichtungsausschüsse ihrer Stellung enthoben.

Proteste gegen die Zerstückelung Deutschlands.

Berlin, 25. Jan. Die Zahl der Proteste gegen die Abtrennung deutscher Landstriche vom Reich unter Ueberschreitung des Wilsonschen Programms häufen sich bei der Regierung derart, dass jede einzelne Beantwortung unmöglich wird. Der Reichsregierung liegen zahlreiche Eingaben aus deutsch-litauischen Kreisen vor, die entschieden gegen die weitgehenden Ansprüche der litauischen Regierung Stellung nehmen und dem Wunsch Ausdruck geben, beim deutschen Reich zu verbleiben.

Die Parteien der Nationalversammlung.

Berlin, 25. Jan. Ein heißes Nachrichtenbureau meldet, in der Nationalversammlung werden wahrscheinlich Zentrum, Deutschnationalen (Konfessionale) und Deutsche Volkspartei (Rechtsnationalen) den bürgerlichen Block bilden, dem sich die Fraktionslosen und teilweise die rechtsstehenden Demokraten anschließen dürften. Da die unabhängigen die Gemeinschaft mit den Sozialdemokraten ablehnen, so sei mit Zufallsmehrheiten von Fall zu Fall zu rechnen.

Die Kommandogewalt.

Berlin, 25. Jan. Das ganze deutsche Heer soll nach Anträgen der Reichsregierung der einheitlichen Kommandogewalt der Reichsregierung unterstellt werden.

Das neue Heer.

München, 25. Jan. In einer Versammlung für die Garnison München entwickelte der Minister für militärische Angelegenheiten, Kochhaupts, die Richtlinien für den künftigen Neuaufbau des bayerischen Heeres. In Bayern wäre eine angeworbene Polizeitruppe zu bilden mit 12 000 Mann Friedens- und vielleicht 44 000 Mann Kriegstärke, für ganz Deutschland etwa 350 000 Mann. Neben diesem Heer müsste das System des Wehrheeres auf Grundlage der allgemeinen Dienstpflicht für Wehrhafte eingeführt werden. Bei einer Dienstzeit von 3-5 Monaten und 4 je 14tägigen Wiederholungsturnen ergäbe sich für Bayern ein kriegsstarres Heer von 400 000 Mann Streichern und insgesamt 970 000 Mann, für ganz Deutschland 3 200 000 Streiter, alles in allem 7 1/2 Millionen Mann. Zur Offiziersfrage bemerkte der Minister, dass im neuen Heere keine Vorrechte der Geburt und des Reichthums, oder der sogenannten Bildung gelten dürfen, sondern hier müsse es heißen: Freie Bahn dem Tüchtigen.

Austritt des Generals Winterfeldt.

Berlin, 25. Jan. Der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission, General v. Winterfeldt, zeigte heute seinen Austritt an mit der Begründung, dass er in der von Marschall Foch befohlenen Befehlsstellung des Straßburger Festungsgebiets auf badischem Boden ein Misstrauen des Marschalls gegen den guten Willen der deutschen Kommission erblickt.

Dänemark will ganz Nord-Schleswig.

Kopenhagen, 25. Jan. Rigas Bureau schreibt: Die dänische Nation hofft und setzt sich danach, dass alle die dänisch reden und empfinden, dem Königreich Dänemark vereinigt werden. Die Regierung hält es für das Wichtigste, wenn Nord-Schleswig als ein Ganzes aufgeföhrt wird, dessen Bevölkerung durch Abstimmen kundgibt, ob sie mit Dänemark wieder vereinigt zu werden wünscht. Die Regierung wird dafür wirken, dass die Wünsche der dänischen Nordschleswiger auf Berücksichtigung der Freiheit der Abstimmung auf der Friedenskonferenz durchgesetzt wird.

Anschlag auf Scheidemann.

Berlin, 25. Jan. Der Vorstand der sozialdem. Partei teilt mit, dass der Sonderzug, mit dem Scheidemann nach seiner Wahlrede in Kassel zurückkehrte, zweimal, in Eisenberg und Nordhausen, angehalten werden musste, weil die Spartakisten Anschläge gegen den Zug vorbereitet hatten, die noch recht bedrohlich bedacht wurden.

Die Spartakisten.

Berlin, 26. Jan. Gestern mittag wurde die Leiche Liebknechts mit 33 weiteren Opfern des Spartakistenputschs in Friedrichsfelde beerdigt. Die innere Stadt war abgesperrt. Die Särge waren auf acht Arbeitswagen aufgebahrt. Der Zug ging von Friedrichshagen aus ohne Erlaubnis vor sich. In den Munitionsfabrikten und in den Spandauer Artilleriewerkstätten ruhte die Arbeit.

Hamburg, 25. Jan. Als die Oberrealschule Eywardorf heute auf Befehl des A- und S-Rats zu Ehren Liebknechts Halbtag geschlossen hatte, weigeren sich Schüler und Lehrer selbständig und von einander unabhängig, unter diesem Zeichen zu unterrichten oder unterrichtet zu werden. Die Schule blieb deshalb für heute geschlossen.

Braunschweig, 25. Jan. Auf Einladung des Braunschweiger Arbeiter- und Soldatenrats fand heute eine Versammlung verschiedener A. und S.-Kreise statt, um über die Gründung eines Freistaats Nordwestdeutschland zu beraten.

Eine interessante Klage.

Braunschweig, 25. Jan. Von 24 Maschinenbauern im Lande Braunschweig wurde beim Landgericht eine Klage gegen die radikale Landesregierung und die Finanzverwaltung, sowie gegen die Volkskommissare Sepp, Dertel und Eckardt persönlich wegen Betriebsgefährdung durch zwingende Abschaffung der Akkordarbeit und sonstige willkürliche Anordnungen, die gegen Reichs- und Landesrecht verstoßen, erhoben. Von den Angeklagten wird Entschädigung verlangt. Das Gericht wird am 6. Februar die Entscheidung fällen.

Der Bolschewismus auf dem Balkan.

Belgrad, 26. Jan. Bolschewistische Agenten sind auf dem Balkan, besonders in Serbien, Bulgarien und in Konstantinopel tätig. Kronprinz Alexander von Serbien hat deshalb seine Reise nach Paris vorläufig aufgegeben.

Der Krieg im Osten.

Posen, 25. Jan. Auf Befehl des polnischen Armeekommandos ist der private Telegramm- und Fernsprechverkehr nach und innerhalb des von den Polen besetzten Gebiets der Oberpostdirektion Posen und Bromberg eingestellt. Ferner sind von der Beförderung ausgeschlossen Briefe von Privatpersonen von und nach den von den polnischen Truppen nicht besetzten Gebieten. Zur Beförderung im Privatverkehr zugelassen sind außer Karten Geschäftsbriefe, die offen ausgeliefert werden müssen.

Kowno, 25. Jan. Die litauischen Truppen haben 35 Kilometer von Kowno entfernt die Bolschewisten in die Flucht geschlagen. Es gab zahlreiche Tote auf bolschewistischer Seite. Außerdem verloren diese 6500 Gefangene. Die Litauer rücken gegen Wilna vor.

Warschau, 25. Jan. Bericht des polnischen Generalstabs. Ueber die Gruppe Bug und die Gegend um Lublin des Generals Rozwadowski wird gemeldet, dass feindliche Artillerie die Stadt Lemberg beschießt.

Stockholm, 25. Jan. Die bolschewistische Regierung droht, die Schweizer Bürger in Rußland im Gefängnis zu behalten bis die Schweiz die Ernennung des amtlichen Vertreters der Sowjets in der Schweiz anerkennt habe. Der Staatsvoranschlag der Sowjets sieht einen Abmangel von 360 Milliarden Rubel vor.

Beziehung von Pehl.

Karlsruhe, 26. Jan. Am 29. Januar werden die Franzosen den Vorkämpfer von Pehl mit der Stadt Pehl und einigen kleineren Ortschaften besetzen. Der Bahnhof Appenweier bleibt zunächst frei.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 24. Jan. Neuer erzählt, dass die britischen Bevollmächtigten bereit seien, die Entscheidungen über die Zukunft Mesopotamiens, Palästinas und der Deutschen Kolonien an den Völkern zu überweisen.

Die deutschen Kolonien.

London, 25. Jan. Die „Times“ melden aus Paris: Bei den gestrigen Beratungen über die Kolonien erhob Ennals, im Namen der Südafrikaner, Anspruch auf Deutsch-Südwestafrika. In diesem Punkte herrscht vollständiges Einvernehmen. Großbritannien ist bereit, sich für Togo, Kamerun und Südwestafrika mit irgend einer Form von Neutralisierung zu begnügen. Infolgedessen brauche man sich noch

rechnet in bezugnehmend, was mit den Samostrieln und den Inseln im Stillen Weltmeer geschehen soll. Japan hat vorgeschlagen, daß der Äquator als nördliche Grenzlinie festgelegt werden solle. In diesem Falle würde Japan die Karolinen- und die Marischall-Inseln erhalten.

Eine feierliche Warnung.

Paris, 24. Jan. (Havas.) Die Hauptmitglieder der Friedenskonferenz, Wilson und die anwesenden Minister, geben amtlich bekannt: Die Regierungen, die gegenwärtig zu einer Konferenz versammelt sind, um einen dauerhaften Frieden zwischen den Nationen zu schaffen, sind sehr bewegt von den Nachrichten, die ihnen aus verschiedenen Ländern Europas und des Orients wiederholt zugekommen sind, wonach von der Gewalt Gebrauch gemacht wurde, um von Gebieten Besitz zu nehmen, über deren rechtmäßige Abgabe die Friedenskonferenz zu bestimmen berufen ist. Die Regierungen sind der Ansicht, daß sie die Pflicht haben, eine feierliche Warnung zu erheben und zu erklären, daß jeder Besitz, der mit Hilfe der Gewalt errungen ist, der Sache derjenigen den größten Schaden zufügt, die zu solchen Mitteln greifen. Diejenigen, die Gewalt anwenden, lassen die Vermutung aufkommen, daß sie an der Gerechtigkeit und der Rechtsgültigkeit ihrer Forderungen zweifeln und daß sie ihre Souveränität mehr auf die Gewalt gründen wollen, als auf die nationale oder Rassenzugehörigkeit und auf die von der Geschichte geschaffenen natürlichen Bande. Damit weisen sie einen Schatten auf alle Rechtstitel, die sie später geltend machen sollten und sie betonen die Misträume gegenüber der Friedenskonferenz selbst. Hieraus können nur die unheilvollsten Ergebnisse hervorgehen. Wenn sie die Gerechtigkeit wollen, so müssen sie auch auf die Anwendung von Gewalt verzichten und ihre Forderungen in einer Art und Weise den Händen der Friedenskonferenz übergeben, die keinen Zweifel über ihren guten Willen läßt. Ob die Polen, Tschechen, Kroaten, Rumänen usw. darnach richten werden?

Freigabe der Baumwollausfuhr.

Washington, 25. Jan. In einer Antwort an ein Ansuchen der Baumwollproduzenten Staaten, daß alle Ausfuhrbeschränkungen für Baumwolle nach den feindlichen Ländern aufgehoben und auch eine Verschiffung nach Deutschland und Oesterreich so rasch wie möglich gestattet werde, ordnete Wilson an, daß Baumwolle jetzt nach allen Ländern in Mengen, die ihrem Bedarf entspricht, ausgeführt werden könne.

Politische Heirat.

Bern, 25. Jan. Der „Nouveliste de Vevey“ meldet die bevorstehende Vermählung des Kronprinzen Alexander von Serbien mit einer englischen Prinzessin. (Die einzige Tochter des Königs Georg ist Prinzessin Mary, geb. 1897. Außerdem hat der Oheim des Königs, Prinz Arthur, Herzog von Connaught, eine unverheiratete Tochter Victoria Patricia, geb. 1886. Kronprinz Alexander ist der zweite Sohn des Königs Peter und 1888 geboren.)

Die Finanzlage Italiens.

Bern, 25. Jan. (Privat.) Die Zeitungen hoffen, daß es dem neuen Schatzminister gelinge, die längst fälligen Rechnungen für die italienische Industrie, die sich auf mindestens 2 Milliarden Lire belaufen, endlich zu bezahlen. Die Zahlungsfähigkeit des Staats würde zu einer Stilllegung der Industrie führen. Wenn der Staat nicht bar bezahlen könnte, so solle er wenigstens kurzfristige Schatzscheine als Deckung in Zahlung geben.

Katholische Partei in Italien.

Paris, 25. Jan. Wie der „Temps“ mitteilt, hat sich eine italienische katholische Partei mit dem Sitz in Rom gebildet.

Der Aufstand.

Budapest, 25. Jan. 32.000 Siebenbürgische Bergarbeiter, sämtliche Staatsbeamten Siebenbürgens sowie alle Beamten, Angestellten und Arbeiter der Eisenbahnen, des Post- und Telegraphenwesens haben die Arbeit eingestellt, die sie solange nicht wieder aufnehmen wollen, bis die Grausamkeiten der Rumänen in Siebenbürgen aufhören, Stefan Wpashy auf freien Fuß gesetzt, die Prügelstrafe aufgehoben, die persönliche Freiheit und das Privateigentum gesichert und das freie Reisen gestattet wird. (Darnach scheinen die Rumänen in Siebenbürgen böß zu haften. D. Schr.)

Paris, 25. Jan. (Havas.) Die Angestellten der Straßenbahn und Automobildroschken in Paris, sowie die Schaffner der Metroplitan- und der Nord-Südbahn haben den Streik bejährt.

Die Umwälzung in Portugal.

Lissabon, 25. Jan. (Reuter.) Die Matrosen und die besetzten Lager sind der Republik treu geblieben. In Lissabon haben sich die Kavallerie, ein Teil der Infanterie und 20 Geschütze und viele Zivilisten der Monarchie angeschlossen.

König Manuel ist zu Schiff von London auf der Rede von Lissabon angekommen.

Madrid, 25. Jan. (Reuter.) Der österreichische Botschafter ist abgereist.

Württemb. Landesversammlung.

Das Regierungsprogramm.

Stuttgart, 25. Januar.

(Dritte Sitzung.)

Präsident Reil eröffnet um 11 Uhr die Sitzung. Der stellv. Ministerpräsident, Minister des Innern Lindemann begrüßt namens der prov. Regierung die versammelte Landesversammlung. Er führt aus: Das Volk hat seinen Willen klar ausgedrückt. Nun sind wir verpflichtet, als überzeugte Demokraten seinem Gebote zu folgen und die Bedingungen klar zu erkennen, unter denen eine geordnete Verwaltung unserer schwer erschütterten Staatsverhältnisse und dessen Wiederaufbau möglich ist. Aus den Beratungen des hohen Hauses hofft die Regierung die Richtlinien hierfür zu gewinnen. Denn die realistische der versammelte Landesversammlung die Inhaberin der gesamten Staatsmacht. Unsere wirtschaftliche Lage läßt uns nur mit schwerster Besorgnis in die Zukunft blicken und es bedarf des eifrigsten Willens unserer gesamten Volksgemeinschaft, um dem furchtbaren Hunger zu tun. Arbeit allein vermag uns vor dem Hungertode zu bewahren. Wichtige Arbeitskraft ist ein gefährlicher Luxus, den wir uns auf lange Zeit hinaus nicht mehr leisten können. Unbilliges Verschwendung kann es in der sozialen Republik nicht geben.

Im Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens bedürfen wir der Auffüllung unserer erschöpften Vorräte an Kohlen, Rohstoffen aller Art und an Lebensmitteln. Die Maßnahmen zur Einziehung des Kohlen-, Gas- und Elektrizitätsverbrauchs haben mit bestem Erfolg gewirkt. Das Unheil konnte vorläufig abgemindert werden. Unsere Verschwendung muß jedoch auch weiterhin die strengste Sparpolitik wachen lassen.

Die Volksernährung kommt auf die Inanspruchnahme der notwendigen Lebensmittel nicht verzichten. Um Lebensmittel und Rohstoffe zu beschaffen, bedürfen wir eines raschen Friedensschlusses. Die Regierung wendet der Erreichung dieses Ziels ihre ganze Aufmerksamkeit zu. Ehe der Friede geschlossen ist, sind wir mit jeder Art von Einfuhr völlig von unseren Feinden abhängig und die hieraus entspringende Unsicherheit aller unserer Väter darf nicht außer Betracht bleiben, wenn unser Tun und Lassen geprüft wird.

Der Landesversammlung legen wir den Entwurf einer neuen Verfassung vor, nach der die bundesstaatliche Gliederung des Reichs und die Rechte seiner Gliedstaaten erhalten bleiben sollen. In seinen einzelnen Bestimmungen sucht der Entwurf die politischen und sozialen Forderungen der Gegenwart zu erfüllen.

Weiter werden im Reichsgesetz die Mittel für die Erziehung der beiden neuen Ministerien, des Arbeits- und des Ernährungsministeriums, angefordert werden.

Ein Antrag zur Gemeindeordnung ist in Vorbereitung, um die Gemeindeverhältnisse nach neuen Grundfah-

zu ordnen und die Verwaltung zu erleichtern. Eine planmäßige Reform der Gemeindeordnung wie der gesamten Staatsverwaltung muß die Aufgabe des kommenden Landtags sein, der auf Grund der neuen Verfassung gewählt wird. Die Vorberathungen sind bereits eingeleitet.

Zwecks Vereinfachung umfangreicher öffentlicher Arbeiten werden Ihnen weiter ein Nachtraggesetz zugehen. Hierbei soll der Reichsarbeitsrat vorangestellt werden, der eine Fülle von Arbeit unserer Beschäftigungslosen bieten wird.

Auf dem Gebiet der Staatseisenbahnen stehen Aufträge von großem Umfang zur abschließenden Verabschiedung bereit. Bahndirektoren, der Erlass der Lokomotiven und Eisenbahnwagen, die Wiederherstellung des rollenden Materials und des Oberbaus. Daneben gehen umfangreiche Arbeiten in unseren Staatswaldungen zur Gewinnung von Holz- und Brennholz einher.

In der Landwirtschaft ist die Sicherung der Produktion die dringende Aufgabe der Gegenwart. Ein Gesetzentwurf zur Erleichterung einer Landwirtschaftskammer wird vorgelegt werden und wir bitten Sie, der Aufhebung des Grundbesitzes, soweit er volkswirtschaftlich schädlich ist, zuzustimmen.

Die prov. Regierung war bemüht, einer zweckmäßigen Sozialisierung den Boden zu bereiten. Eine Kommission ist beauftragt, die Betriebsweise zu untersuchen, die im Rahmen unseres Staatswesens dem gemeinwirtschaftlichen Betrieb übergeben werden können.

Bei allen ihren Handlungen ist für die prov. Regierung der Grundsatz vordringend gewesen, die Demokratie durchzuführen und jede Art von Diktatur abzulehnen. Kein feindlicher Imperialismus wird uns auf die Dauer hindern können, als gleichberechtigtes Mitglied in dem von uns allen erstrebten Völkerverbund zu stehen. (Großer Beifall.)

Abg. Haußmann (D.A.P.) leitet hierauf die Rede ein. Er anerkennt die Politik Reichsregierers, aber er habe die Politik seines Landes nicht mit Entschiedenheit an die heutigen Mehrheitsparteien geknüpft. Alles, was wir durch die Revolution erreicht haben, hätte sich auch auf gesetzlichem Wege vollziehen können. Der König habe sich der Umwälzung nicht entgegen gestellt. Wir lassen uns niemals abhalten, ihm unsere Dankbarkeit zu bezeugen, und werden die Beziehungen von Person zu Person zu erhalten wissen. Andererseits sei die Geduld des Volks allzulange angepannt gewesen, als daß sie nicht hätte reifen müssen.

Der Redner wendet sich dann gegen die Politik eines Tirpitz, Ludendorff, Falkenhayn usw., gegen das System des Dualismus, das Schuld an dem Zusammenbruch gewesen sei, nicht aber unsere Mannschaften und Offiziere, die beide das Beste geleistet hätten. Die politische Krise habe dann die soziale Krise erzeugt. Die Revolution und die politische Ordnung sei künstlich gestiftet worden. (Zuruf von links: Sie haben eine Meinung! Mit welchem Geld haben wir einen Bürger- und Arbeiterkrieg im Lande errichtet.)

Ähnliches müßten wir den von uns selbst verschuldeten Einmarsch der Feinde mitansehen. Erzberger verdiene Anerkennung dafür, daß er unter den schwierigsten Umständen die deutschen Interessen aufs kräftigste zu vertreten versuche.

Wir nehmen die Volksentscheidung durch die Wahlen rücksichtslos an. Die Volkswahl der Regierung sei ernst; diese habe ein Programm, hinter das wir treten können. Es werde möglich sein, eine einheitliche Politik der Landesversammlung und der Regierung herzustellen.

Die Regierung werde auf eine Volkswehr nicht verzichten können in einer Zeit, da die Waffen noch nicht zur Ruhe gekommen seien. Die Frage der Trennung von Staat und Kirche und die Schulfragen sollen möglichst geregelt werden. Der alte Bundesrat sei an dem Mangel an Verantwortlichkeit zu Grunde gegangen. Er wisse, ob die Gründe für eine Verschlagung des alten Bundesratens so stark seien wie die, die dawider sprechen.

Deutschland müsse jetzt erklären, bis zu welchem Maße es bei der Friedensgestaltung freiwilliger Mitarbeit leisten wolle. Alle selbstmörderischen demütigenden Zusammenkünfte müßten wir als unannehmbar zurückweisen. In Deutschland sei eine Bestimmung für die Schaffung des internationalen Völkerverbunds vorhanden; wenn es jetzt von den Feinden erdrückt werde, dann kann sich diese Bestimmung nicht bilden.

Die parteipolitische Mischung der Regierung entspreche nicht dem Ergebnis der Wahlen. Die Größe der sozialdemokratischen Partei stehe im Widerspruch zum Wesen der politischen Vertreter. Es wäre besser gewesen, wenn die Regierung erst nach dem Zusammentritt der Landesversammlung zusammengeleitet worden wäre. Ein Zusammengehen der Parteien werde die Erleichterung der politischen Arbeit ermöglichen. (Der Rede folgende Handclaqueen vorüber der Präsident als unparlamentarischer Brauch.)

Justizminister von Auen gab Rechenschaft über kein Reform: Er habe die Übernahme seines Amtes davon abhängig gemacht, daß die Unabhängigkeit der Gerichte nicht angelehrt werden dürfe, daß die Strafbarkeit ohne Rücksicht der Person

Rote Rosen.

Roman von D. Courths-Mahler.

(Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Und dann begab sie sich in ihr Toilettezimmer. Sie wollte sich heute selbst überlassen. Kritisch betrachtete sie sich wieder im Spiegel. Die Prifur mußte dreimal geändert werden, ehe sie zufrieden war. Mit Kosmas reichen Flechten zu konfektieren war schwer.

Auch sonst war sie schwer zufriedenzustellen heute und betrachtete sich immer wieder.

Nach war sie schön — noch konnte sie neben Josta bestehen. Aber wie lange noch — dann begann sie zu verblichen. Ihre schönsten Jahre hatte sie an der Seite eines Mannes verbracht, den sie nicht liebte und den sie abwechselnd mit ihren Vätern und ihrer Gleichaltrigkeit gewährt hatte. Graf Rodus hatte wirklich, wie Baron Rodus so drastisch zu seiner Gattin gesagt hatte, nichts zu lachen gehabt in seiner Ehe mit der schönen Gerlinde. Aber daran dachte die Gräfin nicht. Für sie kam nur in Betracht, daß sie gedurft hatte; sie redete sich ein, daß sie ihre Jugend nutzlos vergeudet hatte, ohne etwas dafür einzutauschen.

Der Gedanke, daß sie dreißig Jahre zählte, während ihre Nebenbuhlerin fast zehn Jahre jünger war, quälte sie immer wieder.

Kümmertlich forschte sie in ihrem Antlitz nach leiser Spuren des nahenden Verblühens. Gottlob — noch war sie zu entdecken. Noch war ihr Teint hart und frisch, die Hüfte noch weich und rein. Nur um den Mund herum die letzten Tage einen etwas schärferen Zug gegeben, und in den Augenwinkeln saßen winzige Fältchen. Das mußte Hanna unbedingt durch Massagen wieder vertreiben.

Augen in Augen mit ihrem Spiegelbild sah sie allerlei Josta feindliche Entschlüsse.

Und immer wieder feuerte sie verächtlich auf.

Graf Rainer hatte auf dem Bahnhof seinen Bruder Henning empfangen und sie hatten sich in lang und herzlich begrüßt. Raim in Arm glühen sie, während Graf Henning lustig plauderte, zu dem wartenden Wagen. Selten Burden, der zugleich sein Kammerdiener war, gab Graf Henning Auftrag wegen seines Gebüds, und dann fuhren die Brüder davon.

Sie hatten sich viel zu erzählen, und ehe sie sich's versahen, hielt der Wagen vor Palais Rameberg. Hier trennten sie sich, sobald Graf Hennings Gepäck eintraf.

„Wenn du fertig bist mit Umkleiden, Henning, dann kommst du wieder zu mir herüber. Bist nicht bleibst und dann noch ein Viertelstündchen zum Glasieren. Wir haben uns noch so viel zu sagen,“ sagte Graf Rainer.

„Das glaube ich auch, Rainer. Ich schätze schnell den Reifelaub ab und kleide mich für den Besuch beim Minister um. Sag mal — kann ich denn deinen Braut so ohne weiteres am späten Abend ins Haus fallen, ohne vorher Besuch gemacht zu haben?“ fragte Henning lächelnd.

Wohlgefällig sah ihn der Bruder an. Sie sahen einander sehr ähnlich, nur waren die Hüfte Graf Rainers markanter und fester, er sah bedeutender und interessanter aus. In Graf Hennings feines Gesicht hatte das Leben noch keine Runnen gezeichnet. Seine Augen lachten und funkelten, als habe sich die Sonne darin gefangen. Unbedingt war er auch eine sympathische, männliche Erscheinung, und er versprochen seinem Bruder mit den Jahren noch ähnlicher zu werden. Gemeinsam hatten die Brüder die guten, warmen Augen und das energisch vorbringende Kinn, auch Graf Henning trug keinen Bart.

„Du kannst gewiß, Henning. Erstens mal kennst du sowohl meine Braut als auch ihren Vater seit langen Jahren, und zweitens sind wir doch nun eine einzige Familie. Gerlinde wird uns übrigens begleiten. Vielleicht sagst du ihr gleich guten Tag, wenn du dich umgezogen hast. Aber halt dich nicht lange bei ihr auf, damit wir noch etwas voneinander haben.“

„Selbstverständlich! Du weißt ja, Gerlinde und ich, wir haben uns nicht viel zu sagen. Wir sind sozusagen Antikamern.“

„Das begreife ich nicht, Henning. Sie ist doch eine so charmante Frau.“

„Um! Was sein! Aber nicht mein Geschmack. Also auf Wiedersehen nachher, mein Alter.“

Damit verließ Graf Henning seinen Bruder und begab sich in seine Zimmer. Während er sich umkleidete, pfiff er vergnügt die neuesten Berliner Schlager vor sich hin, und er verkehrte mit seinem Diener in einem gemütlich überhäufigen Ton.

„So, Gräber, nun machen Sie mich mal schön, verstanden! Uniform natürlich. Aha — liegt schon bereit. Ja ja. Sie sind ein Patentier. Also baldi, mein Sohn.“

Schnell war sein Anzug beendet, und aus dem Spiegel sah ihm ein schneidiger, bildhübscher Gardeleutnant entgegen. Noch ein Rund am Säbelgurt, dann machte er militärisch feiert und Schritt hinüber: nach den Zimmern der Gräfin Gerlinde. Er hatte anfragen lassen ob er sie begrüßen dürfe, und sie hatte ihm sagen lassen, sie werde sich freuen.

Sie war schon in voller Abendtoilette und trug ein ganz weißes, weich fallendes Seidenkleid mit kleinem Ausschnitt und halblangen Ärmeln. Es schmiegte sich in schönem Fall um ihren mannlichen Körper und hatte eine kleine Schleppe. Sie sah wunderbar schön aus in dieser vornehmen, eleganten Robe, die trotz der schelmischen Schlichtheit sehr kostbar war. Als Schmut trug sie ein den feinen Hals knapp umgebendes mehrschichtiges Perlengehänge aus ihrer eigenen Schmuckschätze. Diese Perlen waren aber viel kleiner und bei weitem nicht so wertvoll wie die zum Familien-schmuck gehörige Perlenschnur.

Graf Henning sah sichtlich frapportiert auf die blendend schöne Erscheinung und dachte: — dem:

„Donnerwetter!“

Heute erzählte sie ihm etwas angenehmer und menschlicher, als in ihrer imponierenden Trauertochter. Sein heiterer Sinn war schon viel empfänglicher für dies leichte, festliche Weiß, und für Frauenschönheit war er nicht blind.

Er lächelte ihr galant und ritterlich die Hand, während er sich, die Hände zusammenschlagend, vor ihr verneigte.

Fortsetzung folgt.

Landesnachrichten

Altensteig 27. Januar 1919.

Verteilt wurde auf die Finanzamtmanntelle bei dem Kameralamt Freudenstadt der Finanzamtmann Berger in Landheim und der Staatsstrassenmeister Weg in Freudenstadt seinem Ansuchen gemäß in den Ruhestand.

Verteilt wurde die lath. Pfarrstelle Erlsbach, Takanatz Rekarjulum, dem Stadtpfarrer Heberle in Calw. **Wilhelm II. Geburtstag.** Der 27. Januar ist der Tag, der in den deutschen Landen zu Ehren unseres einstigen Kaisers so feierlich begangen wurde. Aber welcher Tag heute! Die Sturmwellen der Zeit brachten diesen andern Gedanken, aber auch manche werden heute des einzigen Monarchen im Ausland mit Mitleid gedenken.

Für Schwerbeschädigte. Ueber die Aufnahme von Schwerbeschädigten im Geschäftsbetriebe ist eine Verordnung erschienen. Darnach sind alle öffentlichen und privaten Betriebe, Büros und Verwaltungen verpflichtet, auf je 100 insgesamt vorhandene Beamte, Angestellte und Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechtes mindestens einen Schwerbeschädigten zu beschäftigen. Für die Landwirtschaft tritt an die Stelle von 100 die Zahl von 50 Beschäftigten. Ueber das obige Maß hinaus sollen etwa noch vorhandene Arbeitsplätze, die für die Beschäftigung Schwerbeschädigter geeignet sind, mit Schwerbeschädigten besetzt werden, soweit sie nicht bereits von anderen Personen mit entsprechend beschränkter Erwerbsfähigkeit eingenommen werden. Schwerbeschädigte sind alle Personen, die auf Grund des Rangeschadensverordnungsgesetzes wegen einer Dienstbeschädigung eine Militärrente von 50 oder mehr vom Hundert der Vollrente beziehen. Ihnen stehen Offiziere gleich, ebenso Personen, die auf Grund rechtsgerichtlicher Unfallversicherung eine Unfallrente oder eine Pension infolge Unfalls beziehen, auch in diesen Fällen bei mehr als 50 v. H. der Vollrente oder bei einer Einbuße um 50 v. H. Die nicht als Offizier geltenden, aber im Offizierpensionsgesetz genannten Personen, die im gleichen Maß kriegsbeschädigt sind, haben sich unter Vorlegung eines amtlichen Zeugnisses bei dem Versorgungsamt des für ihren Wohnort zuständigen Generalkommandos zu melden.

Das amtliche Wahlergebnis. Am 19. Januar haben bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung in Weimarn 127.646 Wähler gültige Wahlzettel abgegeben. Davon erhielten: Deutsche demokratische Partei 331.263, Bürgerpartei, Bauern- und Weingärtnerbund 182.559, Zentrum 303.096, Sozialdemokratie 470.204, Unabhängige 38.371, Friedenspartei 3593.

Erleichterungen des Güterverkehrs. Die württ. Eisenbahnverwaltung hat in ihrem Bereich vorläufig die Beschränkungen für den zurzeit ohnehin schwachen privaten Güterverkehr aufgehoben.

Feuerungszulage. Vor kurzem haben die Militär-Rentenempfänger eine einmalige Feuerungszulage erhalten. Nunmehr soll auch den Hinterbliebenen von Militärpersonen der Unterklasse eine solche Feuerungszulage gewährt werden, indem ihnen bei Empfang der für Februar ausstehenden gesetzlichen Versorgungsgeldbeiträge der 1/2-jährige Monatsbeitrag anbezahlt wird.

Bezahlung der Arbeiter- und Soldatenrenten. Die Reichsregierung hat verordnet, daß die A- und S-Rente zu Anweisungen an Kassen, zu Verfügungen über Reichsgeld je nach Art (Geld- und Materialbestände nicht berechtigt) sind. Sie erhalten ihre persönlichen Gehaltsbescheide ausschließlich von den Kassen und auf Anweisung der Dienststellen, denen sie zugeordnet sind. Die Gehaltsbescheide müssen sich in den Grenzen der von der Reichsregierung festgesetzten Sätze halten. Pauschalabfindungen sowie Vorauszahlungen von Tagegelder sind unzulässig. Ueber die empfangenen Gelder ist Rechnung abzulegen.

Anmeldung von landw. Maschinen. Die Besitzer, Erzeuger und Händler von landw. Maschinen und Geräten von der Art, wie sie nach den Abmachungen der Waffenstillstandskommission (Walo) an Frankreich auszuliefern sind, haben ihre Bestände bis 30. Januar bei der Reichsentschädigungskommission Berlin W. 10, Viktoriastraße 34, anzumelden.

Sommerzeit. Wie man hört, soll auch im laufenden Jahre die sogenannte Sommerzeit wieder eingeführt werden. Ihr Beginn ist für Montag, den 14. April, vormittags 2 Uhr, ihr Ende für Montag, den 15. September, vormittags 3 Uhr, in Aussicht genommen.

TPG. Saarkohlenzufuhr. Durch die Besetzung des linksrheinischen Gebietes durch die Truppen der Entente und die Maßnahmen des Oberkommandos der Alliierten, hinsichtlich der Verfügung über die Förderung und Verfrachtung der Kohlen im Saarbecken, zeigt sich bei uns jetzt schon und wird sich in den nächsten Monaten noch mehr fühlbar machen, daß in der Versorgung der städtischen Gasanstalten, Elektrizitätswerke und den industriellen Betrieben Störungen eintreten, die für die Allgemeinheit von allergrößtem Nachteil sind. Um diese Schwierigkeiten nicht noch weiter zu vermehren, haben die Vertreter der Stadtverwaltungen und der Industrie in der Fraktion der Deutschen demokratischen Partei diese veranlaßt, der Landesversammlung den Antrag zu unterbreiten, daß die vorläufige Regierung ersucht wird, zur Verhütung steigender Arbeitslosigkeit und zur Sicherung von Beleuchtung und Heizung im Lande bei der Entente durch die Deutsche Waffenstillstandskommission in der allernachdrücklichsten Weise die Wiederaufnahme der Kohlenzufuhr aus der Saar insbesondere nach Württemberg zu fordern, da hiervon der Fortbetrieb der Gas- und Elektrizitätswerke und der Industrie abhängig ist.

op. Stuttgart, 24. Jan. (Ev. Landesynode.) Bei der Beratung über die Wählbarkeit der geistlichen Abgeordneten in der Freitagssitzung gab die Wählbarkeit der unständigen Geistlichen zu lebhaften Erörterungen Anlaß. Als ordinierte Geistliche haben nicht zu gelten: Missionare, pensionierte Geistliche und Religionslehrer. Ferner wurde beschlossen, daß die geistlichen Abgeordneten über die Dauer der Landeskirchenversammlung zu beurlauben sind. Eine Zeitungsmitteilung, wonach die evang. Gemeinden für Zwecke der Kriegswohlfahrt über 1/2 Million Mark ausgebracht hätten, veranlaßt den Abg. D. Traub zu der Feststellung, daß es sich hier nur um Gaben handle, die die Oberkirchenbehörde vermittelt habe; tatsächlich haben die evang. Kirchengemeinden viel mehr geleistet, allein die Stuttgarter Gesamtkirchengemeinde mehr als 1/2 Mill. M.

(*) Stuttgart, 26. Jan. (Klage gegen die Regierung.) Frau Hörnle hat gegen die Minister Mos, Dr. Lindemann und Heymann wegen Freiheitsberaubung (Verhaftung des Schriftleiters Hörnle) Klage angestrengt.

(*) Stuttgart, 25. Jan. (Der Bundesratsbevollmächtigte.) Die prov. Regierung hat den württ. Gesandten Karl Hiltenbrand in Berlin zum Bevollmächtigten beim Bundesrat ernannt.

(*) Stuttgart, 26. Jan. (Einbrüche.) Nach der „Antert. Zig.“ wurden in Unterriethem aus der Kommer der Kraftfahrtruppen militärische Kleidungsstücke gestohlen. Der Dieb, ein Soldat, ist verhaftet. Im Dienstzimmer ist die Regimentskasse mit etwa 6000 Mark gestohlen worden. — In Fellbach wurden 11 „Fellb. Tagbl.“ aus der Zeitungsdruckerei 14 Jentner Mehl geholt.

(*) Leonberg, 26. Jan. (Verurteilung.) Der vielbekannte Dienstknecht J. A. Schüle aus Weßlingen wurde von der Strafkammer in Offenburg wegen verschiedener Betrugsereien und schwerer Diebstähle unter Einrechnung anderer von vier württ. Strafkammern erkannten Strafen zu einer Gesamtstrafe von 6 Jahren 9 Monaten verurteilt.

(*) Winnigheim, 26. Jan. (Zu früh daran.) In den letzten Tagen, kurz vor Eintritt des Frostes, sind hier noch zwei Schneeterränge gefangen worden.

(*) Althausen, 25. Jan. (Ertrunken.) Beim Nachhausegehen von der Schule löste ein älterer Schüler zwei 10- und 11-jährige Knaben auf die nur leicht aufgetrennte Eisfläche des hiesigen Sees, indem er ein Taschmesser auf die Eisdicke warf mit dem Verprechen, wenn die Knaben das Messer holen, dürften sie es bekaffen. Sie wagten sich auf das Eis, brachen ein und fanden den Tod.

(*) Tullingen, 26. Jan. (Verlängerte Arbeitszeit.) Von morgen an wird auch hier in den Fabriken statt der fünfständigen die achtständige Arbeitszeit eingeführt.

Vermischtes.

So ändern sich die Zeiten. Aus Karlsruhe wird berichtet: Als dieser Tage französische Offiziere in Karlsruhe weilten, um gewisse Bestimmungen des französischen Oberkommandos für die neutrale Zone zu kontrollieren, wurden sie im Ehrenbürgerzimmer des Rathauses empfangen. Nach dem „Chlorenfreund“ hatte man aus diesem Zimmer das Bild Hindenburgs, des Ehrenbürgers der Stadt, vorher entfernt.

Wichtige Pferdeversteigerung. In Konstanz wurden dieses Tage 200 Militärpferde versteigert. Etwa 800 Kauflusthaber waren erschienen. Die Preise wurden unstimmig in die Höhe getrieben, namentlich durch Händler, die von der Versteigerung ausgeschlossen sind und die als Landwirte auftraten. Es kam schließlich zu Kaufpreisen, wobei auch Blut floß. Die Versteigerung erreichte den höchsten Grad, als ein zu 500 Mark angebotener Gaul auf 420 Mark getrieben wurde. Bei der Schlichter ist ein sächsischer Händler am schärfsten weggegangen.

Selbstmörder. In Berlin wurden drei aus Oberösterreich ankommende Reisende, ein Kaufmann Wesshof, Iron Braß und Sara Fertig, verhaftet, die 70000 Mark in Reichsbanknoten nach Holland schmuggeln wollten. Sie fanden mit einem Agenten aus Holland, der gleichfalls verhaftet ist, in Verbindung. Das Geld wurde beschlagnahmt.

In der holländischen Grenze bei Emmerich wurde eine Anzahl Personen verhaftet, wo sie von Spekulanten mit höheren Preisaufschlag eingelöst werden. Bei den Schmugglern wurde über eine Million Noten in den Niederlanden eingeschmuggelt.

Erhöhung der Drokatration in der Schweiz. Mit Rücksicht auf die gute Witterung der Inlandsreise und die Besserung der Verhältnisse erhöhte das schweizerische Ernährungsamt die tägliche Drokatration von 250 auf 300 Gramm.

Ein Sechsböcker des Flugwesens. In Augsburg verstarb im Alter von 73 Jahren Kommerzienrat August Niedinger, der Gründer der A. Niedinger'schen Ballonfabrik. Der Verstorbene, der die Hochschule in Gießen und Jülich besucht hatte, hat sich um das deutsche Flugwesen hervorragende Verdienste erworben. Er hat auch den Drachen-Fesselballon erfunden, der sich im verflochtenen Krieg so glänzend bewährt hat.

Zeitgemäß. Es tutet. — Ein Bettler. — So geht ihm 10 Pfennige. — Na, und die Feuerungszulage.



Das Rathaus in Stuttgart, der Sitz der Landesversammlung.

um des Standes ausgeübt werde. Wenn nicht als Kette Volkshaar müßte ein Rechtsstaat bleiben. Der Minister kann auf die in der Revolutions-Übergangszeit vorgekommenen Fälle der Rechtsbeugung zu sprechen, sowie auf die Eingriffe der A- und S-Räte in die Zuständigkeit der Gerichte.

Durch eine weitgehende, wohlwollende Auslegung des Amnestie-Erlasses sei das Ministerium dem Volkswillen entgegengekommen. Durch den Erlass seien 50,1 Prozent der Strafen, die bereits im Vollzug gewesen seien, erlassen worden. Eine bedauerliche Verkürzung der Rechtsbegriffe habe Platz gegriffen. Abg. Crispian (U. S. V.) nannte die Ausführungen des Abg. Kaufmann über die Revolution sehr oberflächlich. Bei den Wahlen habe die Diktatur der Demagogie und Verlogenheit gegolten. Solange der Kapitalismus nicht abgewirtschaftet habe, gehe es keinen Stillstand in der Revolution. Der Präsident schreie aus dem rechten Ohr nicht so gut zu hören wie aus dem linken. (Der Präsident erteilte dem Redner eine Rüge). Er (der Redner) werde sich nicht bestimmen, ausländisches Geld zur Unterstützung der Bestrebungen seiner Partei anzunehmen. Die Regierung sei in ihren Versprechungen gegenüber den Arbeitlosen wortbrüchig geworden. Wir hätten wiederum eine Spitzwirtschaft. Die Staatsschuld am 10. Januar falle auf 15 Millionen, die gegen die Arbeiter gerichtet seien; die Steuern seien von Studenten und Offizieren ausgegangen, die die Regierung gegen das Volk geschickt habe; unter diesen Offizieren habe sich der Herzog von Urach, ein Prinz von Schaumburg-Lippe und ein Sohn des Herzogs Albrecht befunden. Die Verhaftung der Demonstrationsführer sei von der Regierung, die sich in der Zwangsbürgung des neuen Reichshofes befand, ohne jede rechtliche Grundlage vorgenommen worden; die Regierung müsse hier Aufschub geben. Der vorliegende Verfassungsentwurf ist ein Fluch- und Stüchwerk und nicht aus den Bedürfnissen der Revolution hervorgegangen.

Minister Lindemann gab Aufschluß über die Demonstration vor dem Arbeitsministerium am 9. Januar; er sei damals von den Führern der Demonstranten für abgesetzt erklärt worden, die mit Waffengewalt die Ausgabe der früheren Ersten Kammer besetzt haben. Die Staatsschuld falle auf die, die zuerst von der Waffe Gebrauch gemacht und bei jeder Gelegenheit an die Waffen appelliert haben.

Der Präsident schloß um 13 Uhr die Sitzung. Nächste Sitzung Montag nachmittags, 4 Uhr.

Amthliches.

Verfügung des Arbeitsministeriums, betr. Kohlenersparnis.

Unter der Aufhebung der Verfügung des Arbeitsministeriums, betr. weitere Maßnahmen zur Kohlenersparnis, vom 26. November 1918 (Staatsanzeiger für Württemberg Nr. 278) verleihe ich als Staatskommissar für Demobilisierung mit Wirkung vom 27. Januar 1919 an:

1. In Schwerbetrieben, die aus Kohle erzeugte motorische Kraft oder Kohle zur Heizung verwenden, kann unter Beachtung der Vorschriften über den Arbeitstages in der Verordnung des Demobilisationsamts über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1334) bis auf weiteres in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 5 1/2 Uhr nachmittags gearbeitet werden. An Kohle darf jedoch in der Betriebswoche nicht mehr verbraucht werden, als bisher bei wöchentlich 35stündigem Betriebe verbraucht wurden. Für Betriebe die Gas bzw. elektrischen Strom verwenden, sind die Zuweisungen der Wirtschaftstechnischen Abteilung des Arbeitsministeriums maßgebend.

Von diesen Bestimmungen sind ausgenommen die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, das Bergbau- und Eisenhüttenwesen, die Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverwaltung, sowie das Bäckerei- und Konditorei- und Fleischwaren-, für das die Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditorien vom 23. Nov. 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1339) gilt.

2. Der Betrieb von Badegeschäften, Büros, Kanzleien, Schulen und die Beschäftigung des hierbei verwendeten Personals wird in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags gestattet.

Das Verkehrsgewerbe und die Sicherheitsbehörden sind an diese Vorschriften nicht gebunden.

3. Die Straßendeckung ist spätestens um 11 Uhr abends anzustellen, wenn zur Erzeugung des dabei verwendeten Lichtes Kohle verwendet wird.

4. Ausnahmen von den Vorschriften Ziff. 1 und 2 können vom Landesamt für Arbeitsvermittlung (Stuttgart, Büchsenstraße 62 b) bewilligt werden; die Gesuche sind bei der Wirtschaftstechnischen Abteilung des Arbeitsministeriums (Stuttgart, Hotel Silber) einzureichen. Soweit die vom Landesamt auf Grund der bisherigen Regelung bewilligten Ausnahmen nicht nach Ziff. 1 und 2 erledigt sind, gelten bis zum Ablauf ihrer Gültigkeit weiter.

5. Diejenigen Betriebe, deren Arbeiter auf die Benutzung der Eisenbahn angewiesen sind, haben vor Wiedereröffnung ihrer Arbeitszeit das Einverständnis der Eisenbahnverwaltung eingeholt.

Mit Zustimmung des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilisierung werden Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen auf Grund der Verordnung der Reichsregierung über den Erlass von Strafbestimmungen durch das Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 27. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1339) mit Gefängnisstrafe bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe bis 100000 M. oder mit einer dieser Strafen bedroht.

Vorstehende Anordnungen ergeben zwecks besserer Ausnützung der Tageslichtzeit und der Wasserkraft. Weitere Erleichterungen sind zur Zeit nicht angängig, da die Lage der Kohlenversorgung nach wie vor eine äußerst bedrohliche ist. Alle Kohlenverbraucher werden deshalb dringend aufgefordert, an der strengsten Sparsamkeit im Kohlenverbrauch festzuhalten.

Die Oberämter und die Gemeindebehörden werden angewiesen, ihre volle Aufmerksamkeit der genannten Durchführung der Verfügung zuzuwenden.

Stuttgart, den 18. Januar 1919. Lindemann.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 27. Jan. Wie dem Berl. Lokalanz. aus Opatowitz berichtet wird, fand am Sonnabend ein **Gefecht** zwischen Tschechen und Polen zwischen Petrowitz und Kowitz statt. Die Tschechen waren etwa 20 000 Mann stark. Die Polen haben erhebliche Verluste erlitten. Der Kampf blieb anscheinend unentschieden.

Berlin, 27. Jan. Aus Opatowitz am Main wird dem Berl. Lokalanz. berichtet, daß ein reichbegüterter Landwirt aus einem Dorf, weil er aus dem französischen Lager Kaiser entkommen hatte, auf Anordnung des französischen Kommandeurs zwei Stunden lang vor seinem Hof mit dem vorgebundnen Schild „Ich bin ein Dieb“ stehen mußte. Später wurde an dem Hof ein Schild angebracht, das lautete: „Hier wohnt ein Dieb“. Es muß mehrere Monate hängen bleiben.

Berlin, 27. Jan. Es ist kein Zufall, daß die **Berner Zeitung** neben der Pariser Konferenz steht, schreibt die „Deutsche Tageszeitung“. Sie ist Mahnung und Bezeichnung. Ihr Charakter und ihre Auswirkung werden dadurch bedingt, ob in Paris Clemenceau oder Wilson Recht behält. Letzten Endes wird sie den Frieden, der in Paris gemacht wird, zu ratifizieren haben und es könnte wohl sein, daß die Geschichte einst einen ihrer archaischen Punkte nicht in Paris, sondern in Bern findet.

Berlin, 27. Jan. Von den gestrigen **Wahlen** zur preussischen Landesversammlung lag bis 12 Uhr nachts aus dem Wahlkreis 3 (Berlin) folgendes Ergebnis vor: S. P. 38 709, D. v. P. 30 406, D. N. P. 20 608, D. S. P. 14 456, S. P. 11 210, Chr. V. P. 9696 St.

Hamburg, 27. Jan. Der Erlass über die Neuregelung der Kommandogewalt hat im Bereich des Generalkommandos des neuen Armeekorps zu einem Konflikt zwischen dem Soldatenrat und den Offizieren geführt, da letztere sich auf den Standpunkt stellen, daß die Kommandogewalt nunmehr den militärischen Vorgesetzten wieder übertragen werden müsse, während der Soldatenrat der Ansicht ist, daß er die oberste Kommandogewalt ausüben habe. Die Offiziere erklärten daher, daß sie und alle Beamten des Korps den Dienst niederlegen, wenn der Soldatenrat die Verordnung der Regierung nicht anerkennt. Der Soldatenrat sowohl wie das Offizierskorps haben gestern je

2 Vertreter nach Berlin geschickt, um mit den Volksbeauftragten und dem Kriegsministerium über die Frage zu verhandeln. Der Soldatenrat, der mitteilte, daß etwa 12 Armeekorps sich auf den gleichen Standpunkt gestellt haben, verlangt die sofortige Einberufung der Reichskonferenz der Soldatenräte nach Berlin. Sollte die Regierung das ablehnen, so werde diese über den Kopf der Regierung hinweg nach Hamburg oder einen andern Ort einberufen werden.

Amsterdam, 27. Jan. Nach einer Neutermel- dung hat der frühere **Rösig Manuel von Portugal** nicht die Absicht, sich jetzt nach Portugal zu begeben. Er hält sich angeblich in London auf.

Eibau, 27. Jan. Wie nach **Säuberung** Est- lands von den bolschewistischen Truppen nunmehr ein- wandfrei festgestellt ist, haben die roten Verbände in den von ihnen besetzt gewesenen Gebieten trotz der kurzen Zeit ihrer Herrschaft geradezu bestialisch gewütet. In Dorpat sind über 300 Angehörige der bürgerlichen Kreise von ihnen ermordet worden, im Kreise Wefenburg nahezu 300. Inzwischen ist erfreulicherweise auch ihr Vormarsch in Estland in Richtung auf Eibau zum Stillstand gebracht worden. In einem Offensivstos haben am 25. und 26. Januar die reichsdeutschen Freiwilligentruppen die über die Windau vorgegangen, an Zahl weit überlegenen bolschewistischen Abteilungen über den Fluß zurückgedrängt. Die Bolsche- wisten erlitten sehr erhebliche Verluste und ließen beträcht- liches Material in den Händen der Deutschen. Die deut- schen Verluste sind gering.

Eibau, 27. Jan. Der Pressebeirat der deut- schen Gesandtschaft bei den Regierungen Lettlands und Estlands teilt mit: Aus diesfachen Anfragen an die Ge- sandtschaft geht hervor, daß unter den deutschen Freiwilligen- truppen, deren Anwerbung für das Baltikum im Gange ist, Unklarheit darüber herrscht, zu welchen Aufgaben sie berufen werden. Es handelt sich in Estland nicht um die Ausbildung eines Polizeidienstes, sondern um den Kampf gegen die bolschewistische Welle, die gegen Ostpreußen hereinbrandet und nach offenen Zugeständnissen der Führer der Sowjettruppen nicht an der deutschen Grenze Halt machen, sondern das Land überschwemmen sollte. Daß der Bolschewismus von Deutschland ferngehalten werden muß, unterliegt keinem Zweifel. Um aber zu verhindern, daß die deutschen Grenzgebiete wieder Kampfschlager werden, ist es

notig, die Sowjettruppen zurückzuwerfen, ehe sie in die Nähe der Grenzen gelangt sind. Die deutschen Freiwilligen, die für das Baltikum angeworben werden, sollen also keine Polizeitruppe, sondern eine Kampstruppe bilden, von deren Offenheit es abhängt, daß es gelingt, die Sowjettruppen zurückzuschlagen und die Absicht ihres Eindringens nach Deutschland hinein zu vereiteln.

Berlin, 27. Jan. Einzelheiten über den In- halt des gestrigen Beschlusses der Verfassungskommission über die provisorische Verfassung sollen erst nach Zu- stimmung der Reichsregierung veröffentlicht werden. Der Beschluß soll mit großer Mehrheit gemacht worden sein. Man hoffe dadurch, wie die „Vossische Zeitung“ sagt, ein gut Stück weiter auf dem Wege zur schnellen Schaffung einer Zentralgewalt für das Reich gekommen zu sein.

Berlin, 27. Jan. Wie verschiedene Morgen- blätter melden, haben die Polen Bombst und Anstalts- kampfstos besetzt. Sie führten Maschinengewehre mit sich. Die Besetzung von Bombst bilde eine Bedrohung des Bahn- hofes Benischen, von dem die Stadt in südwestlicher Richtung nur etwa 12 Kilometer entfernt sei.

Berlin, 27. Jan. Ueber Schweden wird der Berliner Morgenpost mitgeteilt, daß der russische Komman- das von der Rationalisierung des Bodens zurückgekommen sei. Er betrachte sie als mißlungen.

Berlin, 27. Jan. Der Vertreter der „Daily News“ auf der Friedenskonferenz will, wie es in ver- schiedenen Morgenblättern heißt, melden können, daß es hoffentlich möglich sein werde, die Vertreter der Mittel- mächte Ende oder Anfangs April nach Paris zu berufen, vorausgesetzt, daß Deutschland bis dahin eine regelrechte Regierung habe.

Mutmaßliches Wetter.

Der Luftdruck beginnt langsam zu sinken. Da aber ein Maximum im Osten noch in günstiger Lage verharret, ist auch für Dienstag und Mittwoch noch vorwiegend trockenes Frostwetter zu erwarten.

Druck nach Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Kapler.

Egenhausen, 26. Jan. 1919.

Todes-Anzeige.



Freunden und Bekannten teilen wir die trau- rige Nachricht mit, daß unsere liebe, treubeforgte Mutter, Groß- und Schwiegermutter

Rosine Hammer
geb. Rauser

im Alter von 71 Jahren, nach kurzem, schweren Leiden heute Morgen 9 Uhr sanft entschlafen ist.

Die trauernden Kinder:

- die Tochter: **Elisabeth Hammer**
- die Söhne: **Johannes Hammer**
Kathr. Hammer geb. Brenner
Georg Hammer
Gottlieb Hammer
Christ. Hammer geb. Brenner.

Beerdigung Dienstag Mittag 1/2 Uhr.

Alle Bücher
welche im Buchhandel
erscheinen, sind zu Ori-
ginalpreisen zu beziehen
durch die
W. Rieker'sche Buchh.

Verloren

ging Sonntag vor acht Tagen auf
der Kaiststraße bis zur Kirche eine
goldene Brosche.

Abzugeben gegen Belohnung in
der Red. ds. Bl.

Biete
20—30 Str.

Streu-Stroh
wird gesucht.
Molkerei Altensteig.

Haushälterin
oder Köchin

bei hohem Lohn
gesucht.

Sofort. Eintritt.
Frau Richard Gerstner
Pforzheim,
Goethestraße 14.

Bäder-Lehrling

Ordentlicher und reinlicher Junge
kann bis 1. Mai oder nach Ueber-
einkunft eintreten als Lehrling bei
R. Gänfle
Brot- u. Feinbäckerei
Stuttgart-Dörheim
Landhausstr. 108.

Ebelwetter.
Verkaufe eine 36 Wochen trüchtige



Mug- u.
Zug-Ruh
Joh. Klafz.

Altensteig.

Geschäfts-Empfehlung.

Der geehrten Einwohnerschaft von hier und Umgebung zur Kenntnis, daß ich von heute an mein Geschäft wieder in meiner Wohnung auf- nehme und bitte um geneigtes Wohlwollen. Es wird mein Bestreben sein, meine Kundschaft wie- der pünktlich und reell zu bedienen.

Ludwig Kapler
Schuhmacher.

Hillers
Liederkästlein
sind wieder zu haben in der
W. Rieker'schen Buchh.

Altensteig.
Strickgarne

solange Vorrat bei
C. Feif.
Stelle gesucht
für 20 jähriges

Mädchen

bis 15. Febr. oder 1. März für
Haus- und Landwirtschaft, wenn mög-
lich das Kochen nebenbei zu erlernen.
Zu erst. b. b. Geschäftsstelle ds. Bl.

Altensteig.
Schöne
Speise-Zwiebel
sind frisch eingetroffen bei
J. Wurster.

Für Behörden
und Private
Prima

Kanzleipapiere

und
Schreibmaschinenkanzlei
Amtsumschläge

Billetpapiere

und
Umschläge

empfehle zu mäßigen Preisen die
W. Rieker'sche Buchh.
Altensteig.

